

Die Gewerkschaft

**Schrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

Redaktion u. Expedition: Berlin SW. 10
Königsplatz 15 (Redakteur E. Dittmer)
Verlagspreis: Amt Moritzplatz 3105/06

Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post (einschließlich Postgebühren) 100 Mk.

Städtische Finanzen.

Die Fürsorge für die öffentlichen Aufgaben verteilte sich in Deutschland auf das Reich, die Länder (Bundesstaaten der Weimarer Zeit), die Gemeinden und Gemeindeverbände (insbesondere Kreis-, Kommunal- und Provinzialverbände). In der Verteilung der Aufgaben im einzelnen bestehen Unterschiede in Nord, Ost und West; es soll daher zur Vereinfachung der Darstellung von den preussischen Verhältnissen ausgegangen werden. In der Vorkriegszeit fiel dem Reich wesentlich nur der Schutz der Bevölkerung (Heer, Flotten), auch im Staat bildete der Schutz im wesentlichen zum Teil auch Polizei) eine der Hauptaufgaben. Für Kulturzwecke fanden sich im Reichshaushalt nur in geringem Maße Mittel; der Staat unterhielt die Universitäten

in weitaus größerem Umfang als indirekte Steuern vom Grundbesitzwechsel, von der Haltung von Hunden, den Vergnügungen, während die in anderen Ländern besonders wichtigen Verzehrungssteuern sich, abgesehen von einer geringfügigen Biersteuer, nur noch vereinzelt als Reste einer früheren Gesetzgebung fanden. Zu den Steuern traten weiter als Einnahmen erhebliche Aufkommen aus Beiträgen und Gebühren (für Straßenherstellung, Wassergebühren, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Schulgebühren der mittleren und höheren Schulen, Krankenhäuser, Begräbnisgebühren usw.), sowie nicht unbedeutende Ueberschüsse aus den städtischen Betrieben, insbesondere den Gas- und Elektrizitätswerken.

Die Not des Krieges zeigte sich im Haushalt der deutschen Städte hauptsächlich in zwei neuen Aufgaben: der Kriegswohlfahrtspflege (Fürsorge für die Familien der Eingezogenen, später auch für die Hinterbliebenen der Gefallenen, die Kriegsbeschädigten) und

durch die feindliche Blockade in immer größerem Umfang notwendig werden. Neben der Lebensmittelfürsorge. Welche Aufgaben erheischten bedeutende Mittel, die zum Teil auf schwerer Arbeit (Kriegsbeschädigten) genommen, später hinsichtlich der ersten Aufgabe nur zum Teil, hinsichtlich der zweiten überhaupt nicht vom Reich und Staat erstattet wurden. Aber der Druck der hieraus verbliebenen Kriegsschulden erheischt geringfügig gegenüber dem großen Schicksal, der bei der Reichsfinanzreform im Jahre 1920 die städtische Finanzwirtschaft trifft durch den Verlust des Rechts der selbständigen Einkommenbesteuerung. Auch das zunächst den Städten verbleibende Danaergeschenk des Rechts der Besteuerung der von der Reichseinkommensteuer steuerfrei belassenen Einkommensminima kommt bald wieder in Fortfall. So tritt an Stelle des selbständig von der

Lichtbringer

(Karl Marx zum 60. Geburtstag)

Immer erhebt dem leidenden Volk der rettende Geist,
jener Eine aus des Prometheus altem Geschlecht,
der dem Himmel das heilige Wissen ums Licht entretzt,
wenn ins Land hinaus, das von Finsternis tief umhüllt,
er der Wahrheit weithin leuchtende Fackel trägt.
So kam dieser und zeugte die mammonistische Nacht,
schloß den Tag heraus, der bald zur Erkenntnis reift,
leit der Scheinbar toten Dinge heimliche Macht
das Gesetz ihm gezeigt, darin er die Welt begreift.
Er schuf für die Welt und hat sein Werk gemeißelt
uns allen, auf daß wir erfüllen in seinem Geist
jene heilsumkämpfte ersehnte neue Zeit,
die uns eine nur - um die Sonne der Arbeit - freit.
Karl Bröger.

... abgehalten...
... nach einer...
... Arbeiter in...
... fessel beschloß...
... mit dem Be...
... ung zu zieh...
... ale der Arbe...
... nachh...
... Berlin in der...
... hälfte, etwa 1...
... o hoch wie in...
... im Februar...
... (sozial...
... l. Bohnen...
... el. Reggen...
... Handel und...
... stenz mit...
... 5 Mrk. 31...
... 0 " 5...
... 3 " 24...
... 4 " 19...
... 5 Mrk. 81...
... 1 " 43...
... 6 " 30...
... 9 " 6...
... 5 " 31...
... 0 " 25...
... 2,30...
... at der not...
... 23 für ein...
... Ehepaar 10...
...) Jahren 13...
... rthälfte 1923...
... geliegt: ...
... Mrk., d. h. an...
... 20 auf 62...
... zwei Kinder...
... An dem G...
... Markt in der...
... r. Kuczyn...
... Bücher...
... Nur reise...
... 1. Brk 20...
... 1. Brk 20...

Gemeinde gehandhabten Steuerrechts ein unbestimmtes Recht auf Beteiligung an dem steuerlichen Aufkommen aus der Reichsteuer, das, auch heute noch nicht genau festgelegt, die Ordnung des städtischen Haushalts unmöglich macht. Aber auch die zweite der drei großen direkten städtischen Steuern, die Steuer vom Grundbesitz, versagt in der Nachkriegszeit vollständig. Dem durch die mangelnde Bauqualität verminderten Angebot von Wohnungen tritt durch die Zunahme der Beschäftigten und den Zustrom von Flüchtlingen aus den verlorenen deutschen Landen eine gesteigerte Nachfrage gegenüber, die eine Wohnungsnot stärksten Umfanges hervorruft. Sie veranlaßt eine Zwangswirtschaft der Wohnungen, und die behördliche Festsetzung niedrig gehaltener zulässiger Höchstzuschläge zu den Friedensmieten gestattet eine Erhöhung der Besteuerung nur in ganz unzureichendem Maße. So bleibt von den drei großen Grundpfeilern des städtischen Haushalts der Vorkriegszeit nur die Besteuerung des Gewerbes übrig, die denn auch unter dem Druck der städtischen Finanznöte in immer steigendem Maße angespannt wird.

Stehen also hinsichtlich der Einnahmequellen die deutschen Städte wesentlich ungünstiger als in der Vorkriegszeit, so muß diese Veränderung sie um so härter treffen, weil der Ausgabebedarf infolge der durch den Krieg und seine Folgen neu hinzugekommenen städtischen Aufgaben sowie durch die Steigerung aller Unkosten in ganz außerordentlicher Weise zugenommen hat und täglich weiter zunimmt.

wurden Krankenanstalten errichtet, die zuerst lediglich für die Armen, deren Versorgung die Stadt gesetzlich verpflichtet war, bestimmt, für alle Bevölkerungsklassen, auch die wohlhabenden, erstreckt. Die Versorgung der ungeheuren Werte, die in Häusern und Fabriken sich finden, wurden weiter mit großen Opfern städtische Berufsbildung geschaffen. Dabei machte sich in den deutschen Städten ein mannigfacher Erfahrungsmangel mehr und mehr das Bedrückende, die Befriedigung öffentlicher Bedürfnisse nicht der Tätigkeit zu überlassen, sondern selbst in die Hand zu legen. Hieran legten die großen im Besitz der Städte stehenden Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw. Zeugnis ab. Im vorerwähnten gegebenen kurze Verzicht zeigt bereits die wichtiger städtischer Aufgaben, für deren Erfüllung eine Finanzwirtschaft die hauptsächlichste Voraussetzung war. Das in der Vorkriegszeit die drei großen direkten Steuern, die Einkommensteuer mit dem Staat gemeinsam als zur Staatssteuer erhoben wurde, während die Besteuerung des Gewerbes und des Gewerbebetriebs seit der großen Reform lediglich den Gemeinden, als denjenigen Verbänden, deren Aufgaben die Voraussetzungen für den städtischen Grundbesitz betriebe bildeten, zukam. Hierzu traten in geringem

Den Aufgaben, die neu hinzugekommen sind, seien hier genannt: die Bekämpfung der Wohnungsnot, die sehr erhebliche städtische Mittel nicht nur für den Wohnungsneubau, sondern auch für die öffentliche Bewirtschaftung der alten Wohnungen (Wohnungsamt, Miet-einigungsamt) in Anspruch nimmt, ferner die Fürsorge für die Arbeitsvermittlung und die Beteiligung an den Kosten der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge (Anteil der Gemeinde ein Sechstel), die Beteiligung an der öffentlichen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge (ein Zehntel), der Fürsorge für die Rentner aus der sozialen Versicherung (ein Fünftel) und für die Rentner, deren Renten infolge der Geldentwertung ungenügend geworden sind, die sogenannten Kleinrentner (ein Drittel). Dazu kommt, daß alle Materialpreise, Löhne, Gehälter fortgesetzt steigen, so daß von einem geordneten Haushaltsplan, wie er in der Vorkriegszeit die Grundlage der städtischen Finanzwirtschaft bildete, überhaupt nicht mehr die Rede sein kann.

Dieser wahnsinnigen Steigerung aller Ausgaben stehen die Stadtverwaltungen vollständig hilflos gegenüber. Bei den hauptsächlich im öffentlichen Interesse geführten Betrieben kann die Steigerung der Gebühren unmöglich mit der Erhöhung der Ausgaben gleichen Schritt halten, die Tarife der städtischen Krankenhäuser sind bereits trotz hoher städtischer Zuschüsse für die große Masse der Bevölkerung, soweit sie nicht in Krankenkassen versichert sind, untragbar, die Gebühren des städtischen Begräbniswesens sind schon so hoch, daß ein Todesfall in einer Familie, insbesondere nach längerer Krankheit, die wirtschaftliche Existenz bedroht und die Ausgaben ohne Verkauf von Mobilien, Geräten, Schmuck und dergleichen kaum bezlichen werden können. Auch die städtischen Straßenbahnen haben ihre Tarife so stark steigern müssen, daß eine Straßenbahnfahrt — vielleicht abgesehen von wenigen ganz großen Städten — für den größeren Teil der Bevölkerung ein Luxus geworden ist, den man sich nicht oft gönnt. Ein Teil der Straßenbahnen hat bereits den Betrieb eingestellt, die anderen kämpfen schwer bedroht um ihre Existenz. Endlich haben auch bei den städtischen Lichtwerken die ständig mit den Kohlenpreisen erhöhten Abgabepreise ein starkes Nachlassen des Verbrauches verursacht, insbesondere an Gas, während bei dem elektrischen Strom der gewerbliche Bedarf die Zurückhaltung des häuslichen Verbrauchs etwas abschwächt. Dazu kommt bei den großen städtischen Werken ein schier unerschwinglicher Kapitalbedarf, dessen Aufbringung den Stadtverwaltungen schwere Sorgen macht. Die mangelnde Erneuerung der Kriegsjahre bedingt Bauten und Anschaffungen von Maschinen aller Art, die nach Fertigstellung stets ein vielfaches derjenigen Summen kosten, zu denen sie veranschlagt sind, der Ankauf von Materialien für den Betrieb und die Unterhaltung (Kohlen, Schienen, Rabel usw.) erfordert ständig steigende Betriebskapitalien, so daß die Städte selbst aus noch wirt-

schafflich arbeitenden städtischen Werken, wie z. B. den großen Elektrizitätswerken, kaum, wie früher, auf Ueberflüsse für andere Zwecke rechnen können, zumal für sie die Wege der Kapitalbeschaffung ungleich beschränkter sind als für die privaten Unternehmungen. Die Finanzlage der Städte ist also eine verzweifelte und auch hier und da noch gehegte Hoffnung auf eine ausgiebige Hilfe des Reichs, das zurzeit einen erheblichen Anteil an den Gehaltszahlungen für die städtischen Beamten und Angestellten zunächst als Belastung auf spätere Abrechnung bei der Einkommensteuerbeteiligung übernehmen müssen, muß bei dem Stande der Reichsfinanzlage bedingt tragen. Da die Aufgaben der Städte sich, wie hier dargestellt, vornehmlich auf dem Gebiete der Kultur und der sozialen Fürsorge bewegen, muß Rückgang der Kultur, Steigerung von Elend und die unausbleibliche Folge sein.

Prof. Landsberg-Magdeburg

Wir möchten die vorstehenden informatorischen Darlegungen nicht ohne einige kritische Anmerkungen passieren lassen. Unsere eigenen Erfahrungen und Beobachtungen im Berliner kommunalen Bereich zwingen uns, auf die Unzulänglichkeit finanzieller Anpassung in zahlreichen kommunalen Verwaltungen hinzuweisen. So richtig also die vorstehenden grundsätzlichen Schwierigkeiten sind, es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, zu denen sich der allzu schwerfällige bürokratische Verwaltungsapparat nicht recht einstellen will. Infolge Tradition, teils aber auch, weil sich manche Beamten sozusagen gegenständig im Wege stehen und die „Intelligenz“ ihres „Resorts“ von niemandem überschreiten dürfen. Der Hauptfehler lag u. E. daran, daß man nicht recht die reichen Materialien kaufmännisch bewirtschaftete, sondern sie vielfach für ein Spottgeld verschleuderte, daß man weit fürchtbar teuren Reparaturen an private Unternehmen gab. Daß man lange Zeit eine Preispolitik betrieb, die fast völlig losgelöst vom privaten Wirtschaftsleben war, alles aufs äußerste unergonomisch gehalten worden, bis es nicht weiterging und der Betrieb (z. B. Straßenbahn) ins Stocken fiel. Die mit Recht überübene kommunale Selbstverwaltung den seltensten Fällen zur Selbsthilfe gezwungen worden.

Wir verkennen nicht, daß die große Hilfsquelle der eigentlichen Steuer größtenteils fehlt, aber es gibt auch heute noch in Deutschland, die trotz aller Bedrängnisse eine vorbildliche und nachhaltige Finanz- und Wirtschaftspolitik treiben und andere, die in diesen wechselvollen Zeiten anscheinend nie lernen. Wenn in manchen Großstädten, fast jede geplante Reform mit der Einführung eines neuen „Spar-“ oder „Reform“-Beamtenapparat gescheitert, so wird natürlich die Eile länger, als der Kram und die Hoffnung auf finanzielle Besserung ist umsonst. Man hat vom Reich größere kommunale Steuerfreiheit fordern, muß den anderen Weg einer rationelleren und minder bürokratischen Verwaltungsreform gleichfalls beschreiten.

Zum 40. Todestag von Karl Marx.

L

Wir haben aus Anlaß des 100jährigen Geburtstages von Karl Marx (8. Mai 1918) eine besondere Festnummer der „Gewerkschaft“ herausgebracht, die eine ausführliche Biographie des größten Theoretikers des Sozialismus enthält. In diesen Zeiten, da die Bedeutung des Marxismus nicht nur in bürgerlichen Kreisen wieder hart umstritten ist, bringen wir nachfolgend die Darlegungen des bekannten österreichischen Sozialisten und ehemaligen Staatskanzlers Karl Renner aus der Marx-Nummer des Vorwärts-Verlages, die wir allen unseren Lesern dringend empfehlen können. (Zu beziehen durch unsere Expedition, Abteilung „Bücher und Schriften“, Preis 200 M.). D. Red.

In vier Jahrzehnten ist mancher stolze Name, den rauschender Beifall der Zeitgenossen bis zum Himmel erhoben hat, verschwunden. Vor vierzig Jahren nahm der Friedhof zu Hydepark in London das Leichnam von Karl Marx auf und seitdem bemühen sich Hunderte von bürgerlichen Gelehrten zu beweisen, daß Marx tot sei. Aber der Geist von Karl Marx ist heute lebendiger als im Anbeginn. Der schürfende Geist unserer Forscher hat inzwischen einen großen Teil seines Lebenswertes erst erweckt, die weltumspannende Latenzkraft des Proletariats hat seine Lehre zur geschichtlichen Tat gemacht und noch ist von dem ungeahnten geistigen Reichtum, den dieser Denker ausgeschöpft hat, vieles unausgeschöpft und unwertet.

Die Wissenschaft der Welt hat diese einhalb Menschenalter hindurch von Marx gezehrt, indem sie seinen Namen verleugnete; Marx und die Wissenschaft ist nicht unser Thema. Die Arbeiterklasse der Welt aber hat sich immer entschiedener und immer leidenschaftlicher zu ihm bekannt, und das ist eines der Wunder der Geschichte. Karl Marx der Tiefe, Karl Marx der Unfassbare ist zuerst Gemeinbesitz derjenigen Klasse geworden, die als Enterbte zur Wissenschaft am wenigsten Zugang und zur geistigen Arbeit am wenigsten Ruhe findet. Marx ist in das Denken des Arbeiters eingegangen, Marx die Erbscheiter seines bewußten Willens geworden. Wie war dies

möglich? Was erklärt diesen Erfolg, der in der Welt des Geistes seit Martin Luther wohl der größte ist?

Die Lage der arbeitenden Klassen in den westlichen Ländern Europas zur Zeit, als Karl Marx in ihrer Mitte auftrat, zwingen Arbeiter von heute nicht mehr ganz vorstellbar. Die Zeit des Frühkapitalismus, in der manches, was heute richtig ist, bloßer Keim und nur dem Forscherauge bemerkbar war, das Proletariat war eben erst geworden, sein Denken war noch im zünftigen-handwerksmäßigen Geiste befangen, der einer Wirtschaftsepoche entstammte.

In jenen älteren Zeiten einfacher Warenproduktion war Mensch nicht Kapitalist und Arbeiter: Bauern, Handwerker, Kaufleute saßen in eigener Haus, arbeiteten auf eigenem Grundstück für sich und ihre Familie, sie bedienten sich dabei der Familienmitglieder und weniger fremder Helfer. Man war Hausvater, man war Vater, man war Geselle, um Meister zu werden. Was der erarbeitete, sollte er als Erbe genießen, was der Geselle lernte, er als Meister nützen. Das individuelle Leben eines jeden hatte feste Bestimmung und reichte sich ein in den Kreislauf der Welt. Das Verweisungswort: „Ich weiß nicht, wozu ich in der Welt bin“, war sinnlos und galt deshalb als freudlos. Die Arbeit der Kapitalisten, eine noch unbekanntere und unerklärlichere in die Gesellschaft ein, warf Laufende — die Ärmsten und Größten des heutigen Proletariats — von Haus und Hof auf die Straße. Ein Mensch auf der Straße, das ist sinnlos! Kam er denn auf der Straße zu leben? Die Proletarisierung so großer Massen mit einem Male das Leben jedes einzelnen von ihnen sinnlos. Mensch, der auf der Straße kreucht, ohne Haus und Hof — wo kommt er, wozu geht er? Niemand weiß es, ja er selbst weiß es nicht. Die Laufenden haben sich in Straßengruben die Frage gestellt: „Bin ich auf der Welt?“ und haben sie mit praktischer Selbstnichtung beantwortet.

Von der Straße las den Proletarier der Kapitalist auf: „Du bist für mich! Aber diese Bestimmung war noch trübseliger als die frühere Bestimmungsfähigkeit. Nicht für sich selbst arbeitend, eigenes Erzeugnis nicht besitzen, sein Lebenswert nicht den Erben hinterlassen, sondern einem Fremden ausliefern, — das

Aus Politik und Volkswirtschaft

Der Wille des franco-belgischen Kommissars an der Ruhr ist in immer stärkerer Weise. Es ist unmöglich, alle die Gewalt...

Die wertvolle Bevölkerung hat in dem Abwehrkampf gegen den Militarismus einige Wochen schwer zu leiden. Neben dem Berg...

Welt der alten Ordnung widersinnig. Der schmale Lohn für die Arbeitszeit, der eben noch hinreichte, das nackte Leben ohne...

Aus dem Reichstat von 1923. Der neue Reichstat enthält eine Anzahl interessanter Aufstellungen auch für unsere Kollegen. Wir entnehmen einem Auszug aus der Tagespresse folgende Darstellungen. I. Die Zahl der Reichsbeamten und Betriebsarbeiter: 1. Planmäßige Beamte 764 000, 2. Beamte Hilfskräfte 122 579, 3. Nichtbeamtete Hilfskräfte (einschließlich Betriebsarbeiter) 679 543, zusammen 1 566 122; dazu 4. Angehörige der Wehrmacht 114 143, insgesamt 1 680 265. Die meisten Arbeiter und Beamten der Reichsverwaltung entfallen auf Eisenbahn, Post und Finanzorganismus. Bei der Post fallen künftig 6400 planmäßige Beamtenstellen weg, bei der Eisenbahn 25 000. Der Postetat schließt mit einem Fehlbetrag von 80 Milliarden Mark ab, während die Reichsbahn nominal ausbalanciert. Andererseits stehen im außerordentlichen Eisenbahnetat 284 Milliarden Anleihe für Beschaffung von Wohngelegenheiten, Fahrzeugen und öffentlichen Bauten. II. In Ausführung des Friedensvertrages sind in der Zeit vom 1. April 1922 bis 31. Dezember 1922 482,2 Milliarden Mark verausgabt worden, wovon 233,6 Milliarden zur Erfüllung und Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung aufgewendet worden sind. Es sind im einzelnen geleistet worden in Milliarden Mark: Reparationsbarzahlungen 122,7, Kohlen, Rost, Nebenprodukte 102,5, Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse 5,1, Viehlieferungen 16,6, Wiederaufbauleistungen 52,4, Auslastung der Ablieferung von Schiffen 12,6, Englische Sanktionsabgabe 44,8, Ausgleichsverfahren 36,6, Befahrungskosten 53,5, Interalliierte Kommission 9,2, Leistungen außerhalb der Reparationen 12,2, Innere Ausgaben (Verdrängungsschäden usw.) 14,1. Hierbei sind noch nicht die ungeheuren Sach- und Barleistungen für Reparationszwecke mit verrechnet, weil eine Entscheidung der Reparationskommission über die Höhe der Leistungen für 1923 noch nicht vorliegt. Fast man das ganze Gebilde der Finanzgebarung des Reiches von April bis Dezember zusammen, so ergibt sich für diesen Zeitraum ein Ausgabe-posten von 1,8 Billionen Mark. Durch Einnahmen wurden nur 600 Milliarden Mark gedeckt, so daß 1,2 Billionen durch Disfunktierung von Schatzanweisungen usw. beschafft werden mußten. Will man aus diesen Ziffern eine Lehre ziehen, so ist es die, daß endlich eine ganz andere Steuerpolitik herbeigeführt werden muß und die Veranlagung nach der Geldentwertung anzupassen ist. Nur auf diesem Wege kann die Finanzlage des Reiches wieder gesund werden.

Aus unserer Bewegung

Dortmund. Eine gut besuchte Vertrauensmännerversammlung beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Lage und mit den Aufgaben der Verbandsfunktionäre. Gauleiter Bergel machte die einleitenden Ausführungen. Im Anschluß wurde ein Statut zu einer freiwilligen Sterbeliste durch den Kollegen Wegel begründet und nach eingehender Aussprache angenommen. Zum Schluß wurden Beschlüsse, die die Lohnfrage, die Entlassungen und Reueinstellungen bei der Stadtverwaltung betrafen, zur Kenntnis genommen.

keine Gemeinde und es gab für ihn keinen Staat. Ausgelöscht war jede Leuchte des Gemeinschaftslebens. In stummer Qual trugen Tausende dieses Los oder warfen es weg, unbeachtet von der bürgerlichen Gesellschaft.

Kein einziger aus der Heerschar der bürgerlichen Nationalökonomien hat diesen Prozeß, diese gänzliche Vernichtung jedes eigenen Lebensinhaltes im einzelnen Proletarier so begriffen, psychologisch so durchschaut und so dargestellt wie Karl Marx, der große Massenpsychologe. Der erste Band des Kapitales ist nicht bloß eine ökonomische Forschertat, er ist auch ein Meisterwerk der Seelen- und Sittenforschung.

Was hat Karl Marx dem einzelnen Arbeiter gegeben? Nur dieses Konterfei seines seelischen Elends? Oder hat er ihm zum Trost für sein verlorenes Leben das Bunschbild einer gerechteren Ordnung im Jenseits, den schönen Traum sozialer Gerechtigkeit im der Idee, eine soziale Utopie, vorgegaukelt? Philosophen und Staatsmänner vor ihm haben in unendlichem sozialen Abstand vom dem Arbeiter solche Utopien für Könige und Weltweise gedichtet, Utopien, die an das Proletariat nicht einmal herankamen. Denn die Wissenschaft, auch die Wissenschaft von der Wirtschaft, gehts bis dorthin nicht einmal der bürgerlichen, geschweige denn der proletarischen Welt an, sie war das streng gehütete Vorrecht einer schmalen Kaste. Volk und Wissenschaft, Arbeiterschaft und theoretische Erkenntnis waren einander fern wie die Wolken am Firmament und die durstende Erde.

Karl Marx war der erste, der die Leuchte der Wissenschaft unmittelbar an den einzelnen Arbeiter herandrachte. Er war es, der den Arbeitsprozeß erforschte und so war es ihm vorbehalten, dem Arbeiter zu offenbaren: „In deinem realen Dasein ist Sinn Unsin und Wahrheit Lüge geworden. Der alte Sinn und die alte Wahrheit sind in deinem realen Dasein vernichtet, aber gerade aus der völligen Auslöschung des Menschlichen in dir erwacht eine neue Menschlichkeit, und was im überlieferten Sinne Unsin ist, das ist der Keim einer neuen Ordnung und eines höheren Sinnes.“

Es gab für den Proletarier

Düren. Nummer 4 der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen bringt einen Bericht über die Generalversammlung der Christlichen Gemeindeglieder in Düren. Der letzte Absatz lautet: „Der langersehnte Wunsch der Genossen, die Ortsgruppe Düren hinwegzulegen, hat sich auch in diesem Jahre nicht erfüllt. Die Kollegen sind überzeugt, daß ihre Interessen am besten gewahrt werden im Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen.“ Das beweist, daß es auch im 20. Jahrhundert noch Arbeiter gibt, die mit gesunden Augen nicht sehen können, denn sonst müßten die Christlichen Gemeindeglieder in Düren längst erkannt haben, wo ihre Interessen wirklich am besten gewahrt werden. Die Vorteile, welche die Christlichen genießen, verdanken sie der tatkräftigen Arbeit des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes. Ohne damit sich ein Eigentum auszustellen, muß festgestellt werden, daß bis heute von christlicher Seite kein einziger Antrag gestellt wurde im Interesse der Arbeiterschaft. Von unseren Vertretern dagegen wurde andauernd gearbeitet, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Daß vieles gelungen ist, wissen auch die Christlichen.

• Rundschau •

Postanweisungen und Zahlkarten. Ab 1. März 1923 dürfen die Gebühren für die Beförderung und die Nebengebühren nicht mehr durch Marken, sondern nur noch in bar oder im Überweisungsvorteil bargeldlos entrichtet werden. Im Laufe des Monats März sollen unter Hinweis auf diese Gesetzesänderung Anweisungen und Zahlkarten bei den Schaltern der Postämter zugelassen werden, dann aber werden mit Postmarken besetzte Formulare zurückgewiesen.

Fürsorge für die Erwerbslosen. Die Reichsregierung hat die wöchentlichen Unterstützungssätze ab 12. Februar auf folgende Beträge erhöht:

	In den Ortsteilen			
	A	B	C	D u. E
1. Für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	1500	1400	1300	1200
b) über 21 Jahre, sofern sie im dem Haushalt eines anderen leben	1800	1900	1100	1000
c) unter 21 Jahren	900	850	800	750
2. Für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	1800	1900	1100	1000
b) über 21 Jahre, sofern sie im dem Haushalt eines anderen leben	1100	1050	1000	950
c) unter 21 Jahren	800	750	700	650
3. Als Familiengutsätze für:				
a) den Ehegatten	700	650	600	550
b) die Kinder und sonstige unterhaltungsbedürftige Angehörige	600	550	500	450
Wichtig: erhält eine Familie				
ohne Kinder	19200	12800	11400	10500
mit 1 Kind	16800	18600	14400	13200
mit 2 Kindern	20400	18900	17400	15900

Die steigende Arbeitslosigkeit verlangt, daß beschleunigt Rotationsarbeiten bereitgestellt werden. Der Vorstand des ADGB hat sich daher mit detaillierten Vorschlägen für großzügige Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge an die Reichsregierung und das Reichsarbeitsministerium gewandt. Verlangt wird die schnelle Bereitstellung von Reichsmitteln, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Besonders muß Vorforsorge getroffen werden, daß die Bauindustrie nicht zum Erliegen kommt. Gelingt es, trotz der ungeheuren Hemmnisse den Kleinwohnungsbau fortzuführen, so könnten zahlreiche Bau- und Nebenberufe in Arbeit gehalten werden. Weiter sind Arbeiten für die Reichsbetriebe, wie Post und Eisenbahn, herauszubringen. Größere Meliorationsarbeiten und Feldkulturen müssen bereitgestellt werden, um bei eintretender günstiger Witterung größere Massen Arbeitsloser aufnehmen zu können. Hierbei muß besonderes Gewicht auf die Erschließung von Gartenkleinland im Umkreis der Städte gelegt werden. Weiter werden Reichscredite zur produktiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an Städte und Gemeinden, Konsumvereine und sonstige gemeinnützige Unternehmungen verlangt. Die Reichsregierung hat sich bereits früher bereit erklärt, Maßnahmen größeren Stils zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchzuführen. Es ist nunmehr an der Zeit, daß diese Aufgabe durchgeführt wird.

Was die „Rote Fahne“ ihren Lesern ausspricht. Das bekannte Zentralorgan der SPD. brachte in ihrer Ausgabe vom 21. Februar 1923 folgende Notiz:

„Die Gewerkschaft“, das Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Amsterdam) meldet am 1. Februar 5132 arbeitslose Mitglieder. Dabei muß berücksichtigt werden, daß dieser von Monat zu Monat mehr zusammenschmelzende Verband im Januar wieder 3589 Mitglieder verloren hat, die ebenfalls vor allem wegen Arbeitslosigkeit die Beitragszahlung einstellen.“

So steht natürlich ein Moskauer Zellenkämpfer die Sache an, der ein Interesse am Niedergang der freien Gewerkschaften hat, um

Profiteuren zu machen. Wir müssen die stille Freude der „Fahne“ aber etwas versägen. Nach unseren Monatsstatistiken trugen unsere Mitgliederzahlen am 1. Juli 1922 279 770, am 1. August 1922 279 150, am 1. September 1922 279 843, am 1. Oktober 1922 280 214, am 1. November 1922 280 643, am 1. Dezember 1922 280 474, am 1. Januar 1923 280 484. Diese Differenz aber eine aufsteigende als eine abfallende Tendenz. Erst am 1. Februar 1923 sank die Mitgliederzahl um 3589 auf 276 885, in der weiteren starken Einschränkung der öffentlichen Betriebe, insbesondere mit der Straßenbahn, zusammenhängend, wie ja auch ungewöhnlich hohe Arbeitslosenziffer unserer Verbandsmitglieder weist. Daß Arbeitslose keine Beiträge zahlen, ist keine Neuheit, sondern besteht seit der Gründung unseres Verbandes. Dieses Recht wird den Arbeitern durch das Verbandsstatut eingeräumt. Wir haben an dieser Stelle betont, daß die kommunistische Bestimmung durchaus zu achten ist, sobald aber gewerkschaftsfeindliche Tendenzen mit kommunistischen Deckmantel sich zeigen, werden wir energisch zurückweisen.

Hilfe aus Amerika. Der „Gewerkschaftliche Nachrichten“ schreibt: In Amerika wird von verschiedenen Seiten für die lebenden Arbeiterkinder Deutschlands gesammelt. Der Anteil von den Ergebnissen bürgerlicher Sammlungen geht an gewerkschaftliche und christliche Gruppen in Deutschland. In ungenügender Weise sammelt dagegen die kommunistische „Arbeiter- und deutsche Kommunisten Kinder“. Dagegen hat die deutsche Sozialistische Partei von Amerika, Ortsverein New York beschlossen, eine Sammlung einzuleiten, deren Ertrag den arbeitslosen Klassen Genossen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit kommen soll. Aus diesem Grunde wurde weiter beschlossen, dem Vorstande des ADGB. zu übermitteln.

Auf Gegenseitigkeit.

Wir leben in einer praktischen Zeit und wenn du meinen Juden und alles freibt sich gewerkschaftlich; so hast du dir den denken vermittelst Gegenseitigkeit; Wofern du recht ernst darüber wird jeder Dumy unerschlich; so ähnet dem Gedo bei Trum, wenn du meinem Eltern ver- und wenn du mich mit Ge so wollen wir und verdienen; [trauf, verglich ich dich mit Zeffus.

• Briefkasten •

Zur gest. Beachtung! Infolge des kargen Raumes ist es der Regel nicht mehr möglich, Lohn tabellen usw. zu veröffentlichen. Es kommt dabei auch in Frage, daß die besagten Lohnsätze beim Erscheinen der Zeitung zumeist schon wieder erhöht und dadurch irreführend sind. Wir erziehen deshalb Kollegen, sich mit den Lohnüberlichtern zu begnügen, die der Verbandsvorstand allwöchentlich den Bau- und Tischlerhandlungen in besonderen Versammlungen über die Reichsarbeit richtet. Es ist dringend erforderlich, daß unsere Kollegen sich häufig daran beteiligen. Die Redaktion.

Die Betriebsabteilung „Wörter und Schriften“ unseres Verbandes bekannt, daß die bisherigen Ungleichheiten bei den Preisen der Bücher unseres Verbandes erschienenen „Schriften zur Kultur- und Weiterbildung“ zu den neueren Entscheidungen dieser Sammlung feste Grundzahlen (G.-Z.) zum Ausgleich gebracht werden. Grundzahlen sind unveränderlich. Die Preise der Schriften den durch eine Schlüsselzahl (S.-Z.) ermittelt, die verändertlich weil sie den Leuerungsverhältnissen angepaßt werden muß. So mal Schlüsselzahl ergeben den Verkaufspreis in Mark. Die Schlüsselzahl des deutschen Buchhandels beträgt zurzeit 2000, während wir bisher äußerst niedrig halten wollen und deshalb für März auf 900 fest haben. Bei einer Grundzahl von 0,5 würde der Preis bei dieser Schlüsselzahl sich auf 450 M. stellen. Die Grundzahlen sind bei unseren Kollegen zu erfragen, denen ein Verzeichnis der Bücher und Schriften, die uns betrieblen werden, vorliegt. Dieser Betriebsmodus gilt ab 1. 1923.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

1. März. Gedächtnisausgabe zum 40. Todestag. Herausgegeben von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 200 M. — 2. März. Die Arbeiter, Gedicht von Brüder; Marx und der Arbeiter von A. L. Stern; Marx und die Arbeiter von J. L. Stern; Marx und seine sozialistischen Anhänger von Ed. Bernstein; Weltökonomie und weltumfassende Unternehmungen von A. Kerner; Marx über Genossenschaft und Sozialismus von A. Kerner; Marx über seine „Kapital“-Kritik. Diese „Marx“-Gedächtnisausgabe ist für die Mitglieder unseres Verbandes zum Bezugspreise von 200 M. porto- und verpackungsfreier Zusendung zu beziehen durch die „Gewerkschaft“, Abteilung: Wörter und Schriften, Berlin SO. 16.